

POLIZEI REPORT

G 46983
ISSN 0937-5333

Nr. 98 · Juni 2025



Führungswechsel bei der Bezirksgruppe Osthessen



Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen in der Gewerkschaft der Polizei
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT



Christian Störkel

WERTGESCHÄTZTE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

ich darf Sie heute zum Vorwort der Zeitschrift „Polizei-Report“ begrüßen. In diesem Zuge möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen, dem geeigneten Leser, vorzustellen. Ich bin Christian Störkel, noch 27 Jahre jung, meines Zeichens „Vollblut-Schutzmann“ und habe derweil meine dienstliche Heimat im Polizeipräsidium Osthessen auf der Polizeistation Alsfeld gefunden, dem pittoresken Kleinstod der Polizeidirektion Vogelsberg. Hier verrichte ich meinen Dienst im Wach- und Wechselschichtdienst und stehe zu jeder dienstlichen Tages- und Nachtzeit für Wohl und Wehe sowie die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger, auch meiner privaten Heimat, ein.

Gebürtig stamme ich aus der nicht unweit gelegenen Kreisstadt des Vogelsbergkreises, kurzum dem idyllisch-musealen Lauterbach. In meiner Frei- und Freizeit bin ich des Öfteren über Stock und Stein in Feld, Wiese, Wald sowie an Fluss und Weiher unterwegs, um beim Angeln

Vorwort	3
Die Zukunft in junge Hände gelegt	6
Gewinnspiel zum Internationalen Frauentag	11
Jahreshauptversammlung der KG Vogelsberg	12
Richtfest in Alsfeld	14
Streikunterstützung in Frankfurt	15
Quo vadis, Nachwuchs?	15
Viertes Pflegeseminar beim PP Südosthessen	17
Umstrukturierung für Hanau und Main Kinzig Kreis	18
Bezahlung mit PayPal	21
Einladung zur JHV der KG Offenbach	22
Mitgliedervorteile	23
Arbeitszeitregelung bei den Spezialeinheiten	24
Organisationsentwicklung auf dem Prüfstand	27
Innenminister Prof. Poseck im Dialog mit der GdP	29
Beteiligung von Personalräten – Sichtweisen	31
Besoldungsreport 2025: Hessen hinkt hinterher	33
Die tödlichen Anschläge von Hanau 2020	34

Titelbild: Martin Mohr

oder bei Hege und Jagd zu entschleunigen als auch so Kraftreserven zu erhalten respektive zu sammeln. Weiterhin schmökere ich gern in antiquarischer Lektüre, bewege Gewichte in der „Muskelwerkstatt“ und verbringe Zeit mit meiner lieben Familie. Wertschätzender Kontakt und konstruktiver Austausch – privat wie dienstlich – sind mir eine Herzensangelegenheit und das was nach meinem Erachten und Dafürhalten in der zwischenmenschlichen Interaktion mit dem Menschen bereichernd wirkt und Gemeinschaft erfahrbar werden lässt.

Dies gilt natürlich nicht nur im privaten Sozialleben, sondern gleichsam im Berufsleben, wo jede und jeder von uns seine soziale Rolle zu spielen hat. Dieses berufliche Rollenspiel ist gerade in Behörden wie der Polizei durch klare Hierarchiestrukturen und -ebenen geprägt, die den in Rede stehenden wertschätzenden Kontakt und konstruktiven Austausch mitunter nicht immer begünstigen, möglicherweise diesem sogar abträglich sind. Im Lichte des kürzlich in der PDV 100 neu aufgelegten Verständnisses einer „wertschätzenden Führung“ wird dies aber-

malig deutlich und die Bedeutsamkeit der emotional- und sozial-intelligenten Führungskraft im Berufsleben herausgehoben. Gerade in Zeiten wie diesen, wo allerorten ein Personalmangel omnipräsent zu sein scheint und ein Aufgabenaufwachs statt -abwachs den Regelfall darstellt, ist es von exorbitanter Bedeutung unsere wichtigste Ressource – den „Mensch“ als Mitarbeiter, Führungskraft und der Organisation „Polizei“ zugehöriger – in den Mittelpunkt zu stellen und seinen Anliegen, Bedürfnissen oder gar Wünschen Rechnung zu tragen.

Denn letztlich bildet eben doch der Mensch aus Fleisch und Blut das Herzstück der polizeilichen Sicherheitsarchitektur. Die Nebenschauplätze um die Novellierung des hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) zur Adaption polizeilicher Befugnisse, die Modernisierung des hessischen Fuhrparks der Polizei oder die sukzessive Verbesserung polizeilicher Ausstattung in Hessen sind zwar richtig und wichtig, obgleich dessen kann dies eine mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verfassungswidrige Besoldung in Hessen, schleichende Digitalisierungsprozesse und noch wichtiger das Fehlen einer humanen Führungs- und Fehlerkultur nicht aufwiegen.

Und hier an dieser Stelle komme ich und auch wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) ins Spiel. Kritisch sein, Haltung bewahren und bei Missständen den Finger in die Wunde legen.

Zum Menschen respektvoll und in der Sache hart aber fair. Diesen Nimbus verkörperte nach meinem Erachten mein Amtsvorgänger, Karsten Bech, dessen Amt des Vorsitzenden der Bezirksgruppe Osthessen der Gewerkschaft der Polizei, ich auf der am 07. April 2025 stattgefundenen Bezirksdelegiertenkonferenz im Landgasthof Porta in Schlitz-Pfordt, übernahm. Hier möchte ich noch einmal die Gelegenheit nutzen, um mich bei Karsten Bech für die Heranführung an die Gewerkschaftsarbeit, sein jahrelanges, gewerkschaftliches Engagement und dessen Verdienste zu bedanken, wie mitunter die robuste Etablierung der Bezirksgruppe Osthessen im Hessenland oder auch die Realisierung der Gestellung eines Mitglieds im Hauptpersonalrat, welche die soliden Weichen für eine auch künftig erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit konstituieren.

Daran gilt es für meine Wenigkeit als Amtsnachfolger anzuknüpfen, also mit wertschätzendem Kontakt und konstruktivem Austausch die erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit der vergangenen

Jahre zu erhalten und fortzusetzen. Wir werden auch weiterhin offen und ehrlich bei Missständen den Finger in die Wunde legen, polizeibehördliche Projekte und interne Umstrukturierungen engmaschig begleiten sowie für Wohl und Wehe als auch für Sorgen und Nöte die erforderliche Sekundanz leisten. Überdies ist es erklärtes Ziel meinerseits eine Verjüngung und Aktivierung innerhalb meiner Altersgeneration zu erreichen, um so künftig die Bestandhaftigkeit der Bezirksgruppe Osthessen und eine fortdauernde, aktive Gewerkschaftsarbeit zu gewährleisten.

Ich appelliere an den geeigneten Leser, auch mit uns in Kontakt zu treten, uns von Missständen oder auch Erfolgen zu erzählen und gemeinsam neue gewerkschaftliche Aktionen zu initiieren. Ihre Sorgen, sind unsere Sorgen. Ihre Erfolge, sind unsere Erfolge. Gemeinsam geht eben mehr. Darum ist die Gewerkschaft der Polizei wichtig – und wird es vice versa auch bleiben! Im Geiste dessen schließe ich damit, Ihnen ein erfreuliches Lesevergnügen mit dieser Ausgabe des „Polizei-Reports“ Ihrer Gewerkschaft zu wünschen. ■

Ihr

Christian Störkel,

Vorsitzender der Bezirksgruppe Osthessen

**Gemeinsam
sind wir stark -
darum GdP!**



**Gewerkschaft
der Polizei**
www.gdp.de/hessen



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach,
Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg,
PASt Langenselbold, PASt Bad Hersfeld,
PASt Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrher
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold
GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda
Druck und Verarbeitung:
Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

DIE ZUKUNFT IN JUNGE HÄNDE GELEGT

CHRISTIAN STÖRKEL IST NEUER BZG-VORSITZENDER



Der neugewählte Bezirksgruppen-Vorstand Osthessen

Anfang April wurde der 28-jährige Christian Störkel auf dem diesjährigen osthessischen Bezirksdelegiertentag einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Eine richtungs- und zukunftsweisende Entscheidung für die osthessische GdP.

Dem neuen Vorsitzenden steht ein Team zur Seite, das die Interessen und Erfahrungen aller Generationen einbringt.

Der scheidende Vorsitzende Karsten Bech betonte in seinem Tätigkeitsbericht wie wichtig es ist die gewerkschaftliche Verantwortung in junge Hände zu geben. Gerade die letzten Jahre forderten den Polizeibeschäftigten eine Menge ab. Un-

ter den Vorzeichen und Bedingungen gesellschaftlichen Wandels, weltpolitischer, mitunter auch negativer Veränderungen und eines dramatischen Wandels im polizeilichen Aufgabenspektrum sind neue, andere Lösungen und Angebote gefragt. Es wäre verantwortungslos, über die Köpfe der nächsten Generationen hinweg die anstehenden Entscheidungen zu treffen. Die nächste Gewerkschaftsgeneration soll unter Abwägung des bisherigen und des zukünftigen, die für sie anstehenden Entscheidungen treffen. Dabei steht die ältere Generation gerne mit Rat und Tat zur Seite.

In seinem Tätigkeitsbericht berichtete Karsten Bech aktuell aus der GdP und der Landespolitik. Unter den Vorzeichen leerer Kassen und einer immer sich immer schwierigeren Nachwuchsgewinnung sind neue Konzepte erforderlich. Diese dürfen jedoch nicht zu Lasten des eh schon bis an die Grenze des Leistbaren des vorhandenen Personals gehen. Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre verstärken dies noch.

Wer jedoch glaubt durch Gehaltsverschiebungen, verfassungswidriger Besoldung oder gar schlechten Tarifabschlüssen die Probleme lösen zu können, wird seiner Aufgabe nicht gerecht.

Die Polizeibeschäftigten stehen neben Einsatzkräften anderer Blaulichtorganisationen im besonderen Fokus einer sich veränderten Gesellschaft, sagte Bech. Respektlosigkeit und mitunter verbale und tägliche Angriffe auf diese Kolleginnen

und Kollegen sind mittlerweile an der Tagesordnung. Dem entgegen steht immer noch eine verbesserungswürdige Für- und Vorsorge der öffentlichen Arbeitgeber. Aber auch unsere Gesellschaft muss gegenüber solchen Tätern deutlicher werden. Es darf keine gesellschaftliche, auch nicht eine stillschweigende Duldung geben.

Karsten Bech führte weiter aus, dass man im Ministerium verschiedene Programme ins Leben gerufen hat, die diese Mangellage kaschieren sollen. „Wir haben in der Vergangenheit schon alle möglichen Schicht- und Personalverwendungsmodelle ausprobiert. Diese sind alle gescheitert“, führte Karsten Bech weiter aus.

Abschließend bedankte er sich bei den anwesenden Teilnehmern des osthessischen Delegiertentags für das Vertrauen und das freundschaftliche und kollegiale Miteinander.

Wolfgang Denke-Otterbein, Bezirksgruppenkassierer von der ersten Stunde an, gab wie immer einen fundierten und dennoch für alle leicht verständlichen Kassenbericht ab. Die Bezirksgruppe Osthessen hat stets im Kontext, auch mit den Kreisgruppen, die vorhandenen Finanzmittel verwendet. Diesen Ratschlag gab er auch dem kommenden BZG-Vorstand mit auf den Weg.

„Die Bezirksgruppenkasse wurde verantwortungsvoll und nachvollziehbar geführt“ bescheinigten die Kassenprüfer Anette Hill und Herbert Bensing.



Der scheidende Vors. Karsten Bech – neuer Seniorenvertreter

Im Anschluss erfolgte die Aussprache zu den Berichten. Die Statements der Teilnehmer zeigten von Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit des Bezirksgruppenvorstandes, so dass die sich anschließende Entlastung einstimmig ausfiel.

Nun wurde es spannend. Wer wird neuer Vorsitzender, wie sieht der neue Vorstand aus. Da im Vorfeld keine Wahlempfehlung des Vorstandes herausgegeben wurde, wurde der neue Vorstand basisdemokratisch aus der Versammlung heraus gewählt.

Überraschend für den einen oder anderen mag es gewesen sein, dass für den Vorsitz nur der 28-jährige Polizist aus Lauterbach vorgeschlagen wurde. Nach seiner Vorstellung wurde allen sehr schnell klar, dass Christian Störkel der Richtige ist, damit die Bezirksgruppe auch in Zukunft große Anerkennung und einen bedeutenden Stellenwert haben wird. Alle Anwesenden votierten bei der Wahl für ihn.

Ihm zur Seite steht ein neuer Bezirksgruppenvorstand, der von regionaler Ausgewogenheit, Erfahrungen, Jung und Alt geprägt ist. Dies sind:

Organisatorisch wurden ebenfalls richtungsweisende Beschlüsse gefasst. Die Kreisgruppen PAST Bad Hersfeld und Hersfeld-Rotenburg, sowie PAST Petersberg und Fulda wollen zukünftig gemeinsame Wege gehen. Zur Förderung regionaler Identität und gewerkschaftlicher Stärke ist dies, auch im Hinblick möglicher Personalgewinnung eine zukunftsweisende Organisationsentscheidung. Diesen beiden Anträgen stimmten die Delegierten einstimmig zu und ein entsprechender Antrag wird beim GdP-Landesvorstand gestellt.

Die Anträge sind immer ein zentraler Tagesordnungspunkt eines jeden Delegiertentags. Die Anwesenden diskutierten eine Vielzahl von wichtigen und für die Mitglieder bedeutenden Sachverhalten. Der Vorstand wird diese selbst bearbeiten, als auch zur Beratung auf den nächsten Landesdelegiertentag einbringen.

Ein spannender und abwechslungsreicher Vormittag ging zu Ende. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass die Teilnehmer noch viel in der Mittagspause zu besprechen hatten.

Der Nachmittag war geprägt von Ehrungen und interessanten Ausführun-



Iris Decker wurde als neue Kassiererin gewählt

gen der Gäste. Vor der Ehrung bedankte sich Karsten insbesondere bei Iris Decker für die vielen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Delegiertenkonferenz und überreichte ihr ein Blumenpräsent. Danach folgte in schon zwangsläufiger Folge einer jeden Konferenz, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand ausscheiden bzw. neue Aufgaben übernehmen. Karsten Bech ließ es sich nicht nehmen die Ehrung vorzunehmen. Er bedankte sich mit einem Präsent bei Ewald Gerk für die langjährige Seniorenarbeit, bei Wolfgang Denke-Otterbein für die 25-jährige Tätigkeit als Kassierer, bei Udo Klar und Björn Dietz für ihre Tätigkeit als BZG-Stellvertreter und KG-Vorsitzender, bei Bernd Grenzebach als Kripovertreter. Selbstverständlich wurde auch Karsten Bech für seine Tätigkeit als Vorsitzender ausführlich gewürdigt. Auch die Kreisgruppen ließen es sich nicht nehmen, sich bei Karsten mit einem gemeinsamen Geschenk für sein Engagement zu bedanken.



Polizeipräsident Michael Tegethoff

Amt	Name	Kreisgruppe
Vorsitzender	Störkel, Christian	Vogelsberg
stellv. Vorsitzender	Wuttig, Swetlana	Fulda
stellv. Vorsitzender	Krause, Thomas	Vogelsberg
stellv. Vorsitzender	Mohr, Martin	Hersfeld-Rotenburg
Schriftführerin	Stehr-Kröll, Alexandra	Vogelsberg
stellv. Schriftführer	Gerk, Ewald	Fulda
Kassierer	Decker, Iris	Vogelsberg
stellv. Kassierer	Pöhlmann, Ernst	Vogelsberg
Beisitzer Kripo	Grenzebach, Bernd	Hersfeld-Rotenburg
Beisitzer Kripo	Peter, Frank	Fulda
Beisitzer Tarif	Winkler, Michaela	Fulda
Beisitzer Frauengruppe	Jaekel, Esther	Hersfeld-Rotenburg
Beisitzer Senioren	Bech, Karsten	Fulda
Beisitzer Senioren	Steinberg, Ruth	Hersfeld-Rotenburg
Beisitzer Senioren	Denke-Otterbein, Wolfgang	Vogelsberg
Beisitzer Senioren	Diener, Frank	Bad Hersfeld
Beisitzer Wachpolizei	Teichmüller, Melanie	Hersfeld-Rotenburg
Beisitzer Verkehrssicherheit	Schlenk, Harald	Fulda
Beisitzer Verwaltungsbeamter	Witzmann, Sebastian	Hersfeld-Rotenburg
Kontrollausschuss	Steinberg, Adelbert	Hersfeld-Rotenburg
Vertreter	Scheunert, Thomas	Fulda
Kassenprüfer	Bensing, Herbert	Fulda
Kassenprüfer	Hill, Anette	Vogelsberg



Unser ehemaliger Kassierer Wolfgang Denke-Otterbein, Christian Störkel, Karsten Bech (v.l.)



Der ehemalige Seniorenvertreter Ewald Gerke mit Christian Störkel und Karsten Bech

Die Einladung und Anwesenheit von Gästen drückt die Wertschätzung für jede Konferenz aus. Polizeipräsident Michael Tegethoff beglückwünschte zu Beginn seiner Rede den neuen Bezirksgruppenvorsitzenden und bot ihm eine kollegiale und wertschätzende Zusammenarbeit an. Er berichtete über seine Bemühungen und Aktionen für die Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten des Präsidiums. Nicht alle seine Amtsvorgänger hätten es in der gleichen Art und Weise so getan, deshalb gestalte sich das Zusammentragen der Kontaktdaten so schwierig.

In seinen weiteren Ausführungen berichtete PP Tegethoff von den vielfältigen Anforderungen, die derzeit die Hessische Polizei habe. Das Einbeziehen der Beschäftigten in die Veränderungsprozesse sei genauso wichtig wie die Aufbereitung der osthessischen Polizei. Als kleinstes hessisches Polizeipräsidium werde man zwar bei Personalzuweisungen ebenso so wie große Präsidien bedacht, entfalte jedoch nicht die gleiche strukturelle Wirkung. Jedoch würden von



Der GdP-Landesvorsitzende Jens Mohr

ministerieller Seite analoge Maßnahmen erwartet. Das PP Osthessen, das aus den

Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg gebildet wurde, konnte nicht auf die Strukturen eines Altpräsidiums zurückgreifen. Dieser Umstand mache manches nicht leichter. Im Anschluss an seine Ausführungen gab es noch einen regen Austausch mit dem osthessischen Behördenleiter.

Als weiterer Gast war der GdP-Landesvorsitzende der Einladung gefolgt. Auch Jens berichtete ebenfalls über die derzeitige Situation der hessischen Polizei, legte jedoch seinen Schwerpunkt auf die Polizeibeschäftigten und wie der Dienstherr mit ihnen umgeht. Gerade die Verschiebung der nächsten Besoldungsrunde wirke sich mitunter fatal auf die Polizeibeamten und -beamtinnen aus und schade nachhaltig dem Vertrauen. Bei Beamten in der B-Besoldung sei dies eher zu verkraften als in der A09 oder A10. Verfassungswidrige Besoldung sitze das Land Hessen aus. Im Gegenzug wird aber von den Beschäftigten erwartet, dass sie sich 1:1 an Recht und Gesetz halten, sonst drohen dienstrechtliche Konsequenzen.



Karsten Bech, Wolfgang Denke-Otterbein, Ewald Gerke, Frank Diener, Ruth Steinberg, Thomas Scheunert



Der neue Bezirksgruppen-Vorsitzende Christian Störkel

Die GdP sei gewappnet der Zumutungen, die man noch von den Polizeibeschäftigten abverlangen möchte und werde dies nicht widerspruchslos hinnehmen.

In seiner abschließenden Rede zog der neue BZG-Vorsitzende Bilanz des Delegiertentags und rief die Anwesenden auf, die bevorstehenden Probleme gemeinsam mit ihm zu meistern. ■

Ewald Gerke



Udo Klar scheidet nach Pensionierung aus dem Vorstand aus



Delegierte aus den Kreisgruppen

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2025

GEWINNSPIEL



Mit dem Spruch: „Träume dir dein Leben schön und mach aus diesen Träumen eine Realität!“

rief die BZG Osthessen zu einem Gewinnspiel zum internationalen Frauentag auf. Nach vielen richtigen Einsendungen konnten 20 Gewinnerinnen ermittelt werden. Die Gewinnerinnen wurden persönlich unterrichtet und haben ihre Preise bereits in Empfang genommen.

Als Hauptgewinnerin wurde Nicole Will gezogen. Der zweite Preis ging an Marina Müller und über den dritten Preis konnte sich Susanne Schuchardt freuen.

Wir wissen wohl, dass sich Frauen seit Jahrzehnten für Frauenwahlrechte und Gleichberechtigung einsetzen. Daher ist dies nur eine kleine Anerkennung und wir werden weiter am Ball bleiben.

Trotzdem hoffen wir, dass ihr im nächsten Jahr wieder eifrig teilnehmt. ■

Für die Auszahlung:
Iris Decker und Alexandra Stehr-Kröll
(BZG OH)



Lana Wuttig überreicht den Hauptgewinn an Nicole Will

JHV 2024 DER KREISGRUPPE VOGELSBERG



Anfang Februar führte die Kreisgruppe Vogelsberg die Jahreshauptversammlung des Jahres 2024 durch.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Thomas Krause gedachten wir den verstorbenen Kreisgruppenmitgliedern HEINRICH PUTZ, REINHOLD NÜCHTER und IRMGARD KEHL.

Thomas Krause erläuterte in seinem Rechenschaftsbericht verschiedene Themen wie DEMOS und Mitgliederentwicklungen.

Die Kassiererin Iris Decker berichtete über den derzeitigen Kassenstand.

Durch die Kassenprüfer Hartmut Stock und Walter Döring wurde die Kasse geprüft und sie hatten keine Beanstandun-



gen. Deshalb wurde der Antrag auf Entlastung des Vorstandes gestellt.

Als neues Vorstandsmitglied konnten wir Christian Störkel gewinnen. Lieber Christian - Herzlich willkommen im Vorstand der Kreisgruppe Vogelsberg.

Die Delegierten für den BZG Delegiertentag wurden benannt.

Der Vorsitzende der BZG Osthessen Karsten Bech berichtete über verschiedene Themen wie die aktuelle Politik (Wahlen)-Verfassungswidrige Besoldung - Personalmangel, P24/25 und Rechtshutzanlagen. Karsten wünschen wir an dieser Stelle schon alles erdenklich Gute für seine Zukunft als Pensionär.

Nach den Vorträgen nahm Thomas Krause die Ehrungen vor:

Es wurden geehrt für

25-jährige Mitgliedschaft:

Thomas Krause, Stefanie Ludwig, Nadine Holighaus

40-jährige Mitgliedschaft:

Jörg Stein, Richard Heiß, Horst Schäfer, Heiko Emmrich

50-jährige Mitgliedschaft:

Axel Schmid

60-jährige Mitgliedschaft:

Gerhard Decher, Heinrich Göbel, Wolfgang Feulner, Hans-Joachim Schaar

65-jährige Mitgliedschaft:

Werner Schaaf

VIELEN DANK FÜR EURE TREUE!

Veranstaltungen für dieses Jahr stehen noch in der Planung.

Bei Alexandra Stehr-Kröll und Iris Decker bedankte sich Thomas Krause für die Vorbereitung der Raumgestaltung und Bewirtschaftung. Thomas bedankte sich als Abschluss des offiziellen Teils der Jah-



reshauptversammlung beim bisherigen Kreisgruppenvorstand für die geleistete Arbeit. Er lud alle Anwesenden zu einem Essen auf Kosten der Kreisgruppe ein und wünschte jedem eine gute Heimreise. ■

Alexandra Stehr-Kröll



v.l.: Thomas Krause, Heinrich Göbel, Wolfgang Feulner, Gerhard Decher



Angelina Kuras und Thomas Krause

RICHTFEST FÜR DIE NEUE POLIZEISTATION ALSFELD

MODERNE UND FUNKTIONALE INFRASTRUKTUR



Ansichten des fertigen Gebäudes

Am 07.03.2025 war es soweit. Der Rohbau für das 5300 m² große Gebäude der neuen Polizeistation Alsfield war fertig und die Gäste zum Richtfest geladen.

Nicht nur Innenminister Roman Poseck war gekommen, sondern auch viele Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, der Verwaltung, der beteiligten Baufirmen, der Presse und der Polizei. Bei schönstem Wetter feierten die Anwesenden auf dem insgesamt 9800 m² großen Gelände das Richtfest.

Innenminister Roman Poseck hob die Bedeutung des Projektes im Rahmen der Modernisierung der hessischen Polizei hervor: „...Unsere Polizeikräfte verdienen für ihre Tätigkeit die bestmöglichen Arbeitsbedingungen – dazu gehören neben persönlicher Schutzausrüstung auch moderne und gut ausgestattete Dienststellen. Der Neubau in Alsfield ist ein weiterer wichtiger Meilenstein zur regionalen Sicherheitsinfrastruktur im Vogelsbergkreis. Die neuen Räumlichkeiten verbessern nicht nur die Effizienz der Arbeit, sondern sind auch ein Zeichen der Wertschätzung für die Bediensteten, die täglich für unsere Sicherheit im Einsatz sind. Ich danke allen Beteiligten für das bisher Geleistete und wünsche für die weiteren Bauarbeiten viel Erfolg.“

Im Hinblick auf die baldige Fertigstellung und Nutzung hob Polizeipräsident Michael Tegethoff die Vorteile für die Kolleginnen und Kollegen im Vergleich zur aktuellen Unterbringung hervor: „Mit diesem Neubau schaffen wir eine moderne und funktionale Infrastruktur, wodurch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeistation und der Kriminalpolizei erheblich verbessert werden. Erstmals stehen wichtige Spezialräume wie beispielsweise ein Kin-

deranhörerraum, Trocknungsräume für Täter- und Opferbekleidung oder ein eigener Raum für Videovernehmungen zur Verfügung. Für meine Kolleginnen und Kollegen bedeutet das eine erhebliche Optimierung der Rahmenbedingungen und unterstützt sie bei ihrer anspruchsvollen Aufgabe. Gleichzeitig profitiert auch die komplette Region von einer zukunftsfähigen Polizeidienststelle, die für eine weiterhin hohe Sicherheit sorgt.“

Dass es sich bei dem Neubau der Polizeistation Alsfield um einen Meilenstein im osthessischen Raum handelt, machte Thomas Platte, als Direktor des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH) in seiner Ansprache klar: „Wir freuen uns, dass für die Polizei am Standort Alsfield im Vogelsbergkreis ein modernes und damit auch barrierefreies Dienstgebäude entsteht. Die 5.300 m² Büro- und Lagerflächen werden nach dem Gold-Standard der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen errichtet, um höchste Anforderungen in den Bereichen Umweltverträglichkeit, Ressourcenschonung und Energieeffizienz zu erfüllen. Die neue Liegenschaft soll gemäß der aktuellen Planung 2026 bezugsfertig sein und wird dann allen funktionalen und technischen Anforderungen an die anspruchsvolle Polizeiarbeit entsprechen.“

Bürgermeister der Stadt Alsfield, Stephan Paule, setzte sich von Beginn für den Neubau der Polizeistation Alsfield ein. „Ich möchte an dieser Stelle danke sagen – vor allem danke ich den Polizisten“, so Paule: „Dieser Bau ist ein wesentlicher Punkt für unsere Sicherheit.“ Auch Landrat Dr. Jens Mischak bedankte sich bei den Kolleginnen und Kollegen: „Die Polizisten sorgen dafür, dass unser Leben in Sicherheit ist.“

Ralf van Döllen, Bauherr und Geschäftsführer der HBG Neunte Projekt

GmbH machte klar, dass „...Das heutige Richtfest nicht nur ein symbolischer Moment, sondern auch der sichtbare Beweis für die hervorragende Zusammenarbeit aller Beteiligten“ sei.

Schließlich wurde, nach alter Tradition die Krone am Rohbau angebracht. Der Polier Kreher sprach den Richtfestspruch. Anschließend erhob er sein Glas, trank es aus und warf es in den Rohbau. ■

Fotos: PPOH, OH-News, privat
und Text: BZG PPOH



Der Rohbau beim Richtfest

STREIK DES TVÖD IN FRANKFURT

„HEUTE IST KEIN ARBEITSTAG, HEUTE IST STREIKTAG!“

Unter diesem Motto unterstützten wir den Streik des TVÖD am Dienstag, 11.03.2025 in Frankfurt.

Der TVÖD fordert 8% mehr Lohn, mindestens jedoch 350,- Euro, höhere Zuschläge, zusätzliche 3 Tage und 200,- Euro mehr für Azubis.



Obwohl das Wetter nicht wirklich mitspielte (es war regnerisch und windig), waren viele Mitarbeiter gekommen, um

ihren Frust kundzutun und für ihre Sache einzustehen, was durch Banner und Sprechchöre mitgeteilt wurde.

Wir hatten im Vorfeld Kaffee sowie Tee und Brötchen mit Fleischwurst/Geflügelwurst vorbereitet, was wir in Bollerwagen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer transportierten.

Vom DGB-Haus in Frankfurt wurde über die Main-Brücke zum Römer gelaufen, wo Verdi eine Kundgebung zum Streik veranstaltete.

Das Ergebnis bleibt abzuwarten, da auch die 3. Verhandlungsrunde gescheitert ist und nun die Schlichter (für die Arbeitgeber der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch und für die Arbeitnehmer der frühere Bremer Finanzstaatsrat Hans-Henning Lühr) einen Kompromiss finden sollen.

Wir drücken dem TVÖD die Daumen! Wir, der TV-H, sind im nächsten Jahr mit unseren Verhandlungen dran. ■

Sabine Spangenberg
KG MK



QUO VADIS, NACHWUCHS?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Polizei Hessen steht vor der Herausforderung, sich als attraktiver Arbeitgeber für die Generation Z zu positionieren. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Ruhestand (wer hätte das ahnen können?), und die Lücken können aufgrund der geringeren Bewerberzahlen und der Studienabbrecher nicht gefüllt werden. Auch Nichtgraduierte, die die Prüfungen nicht geschafft haben können nicht im vollen Umfang eingesetzt werden.

Diese Bewerbergeneration – geboren etwa zwischen 1995 und 2010 – sucht vor allem nach Sinnhaftigkeit, Sicherheit, Entwicklungsmöglichkeiten und modernen Arbeitsbedingungen. Um junge Talente für die Polizei, egal in welchen Bereich, zu gewinnen, sollte die Polizei Hessen als Arbeitgeber gezielt auf deren Erwartungen eingehen. Im Gegensatz zu Generationen davor, die in Angst vor



Arbeitslosigkeit lebten, ist nun klar, dass junge Menschen auch außerhalb der Polizei Fuß schnell fassen können. Und so ist die Bereitschaft zu kündigen, auch wenn die Bezüge teilweise zurückgezahlt werden müssen, größer denn je.

1. Moderner Social-Media Auftritt

Eine authentische und aktive Präsenz in sozialen Medien wie Instagram, TikTok und YouTube ist essenziell. Junge

Menschen wollen echte Einblicke in den Berufsalltag erhalten – ehrlich, greifbar und emotional. Anstelle von klassischen Imagefilmen wirken echte Erfahrungsberichte junger Polizistinnen und Polizisten deutlich überzeugender.

Die sog. „Cop-Influencer“ sollen dies nun richten. Hoffen wir auf echte Einblicke ohne Beschönigung, sonst ist die Enttäuschung der Berufsanfänger am Ende groß.

2. Sinn und Werte betonen

Die Polizei leistet einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Dieser Aspekt sollte in der Kommunikation in den Vordergrund gerückt werden. Darüber hinaus ist eine glaubhafte Haltung zu Themen wie Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion für viele junge Bewerberinnen und Bewerber entscheidend. Und auch das Thema Rückendeckung seitens der

Politik muss deutlich mehr betont werden als in der Vergangenheit.

3. Karrierevielfalt und Entwicklungsmöglichkeiten

Die Polizei Hessen bietet vielfältige Berufsfelder – von klassischer Streifenarbeit über Cyberkriminalität bis hin zur Prävention. Diese Optionen sollten klarer und attraktiver dargestellt werden. Weiterbildungsangebote, Spezialisierungen und transparente Aufstiegschancen sind ebenfalls wichtige Pluspunkte für die Generation Z.

4. Attraktive, verlässliche Besoldung

Ein sicherer Arbeitsplatz allein reicht vielen jungen Menschen nicht – sie erwarten auch eine angemessene und leistungsorientierte Vergütung. Dazu kommt der Kampf um die besten Köpfe bei den verschiedenen Länderpolizeien, der Bundespolizei aber auch anderen Behörden, bei dem die Bezahlung natürlich eine wichtige Rolle spielt. Wenn man sich dabei nicht an die eigenen Versprechungen hält und Verbesserungen verspätet umgesetzt ist das kein guter Impuls für Bewerber und gleichzeitig Motivationsbremse für die bereits beim Land Beschäftigten.

5. Digitalisierung und technische Ausstattung

Eine moderne technische Infrastruktur ist für digital aufgewachsene Bewerber

eine Selbstverständlichkeit. Dazu gehören mobile Geräte, zeitgemäße Softwarelösungen, digitale Kommunikation und innovative Trainingsmethoden wie Virtual Reality. Natürlich wurde hier investiert, aber der Bedarf ist in vielen Bereichen noch nicht gestillt, und an der Benutzerfreundlichkeit muss gefeilt werden.

6. Work-Life-Balance und Gesundheitsangebote

Die Polizei Hessen kann mit sicheren Arbeitsverhältnissen punkten, sollte aber – wo möglich – auch flexible Arbeitszeitmodelle, ein gutes Schichtsystem und noch mehr Gesundheitsförderung anbieten.

Themen wie mentale Gesundheit, Resilienztrainings und Sportangebote gewinnen an Bedeutung, müssen aber auch durch jeden Vorgesetzten unterstützt werden. Nur so können Polizeibeschäftigte dauerhaft gesund gehalten werden, gerade bei der immensen Belastung.

7. Beteiligung und Mitgestaltung

Junge Menschen wollen mitreden. Eine offene Feedbackkultur, Teiligungsformate und flache Hierarchien fördern Motivation und Bindung. Beteiligung stärkt die Identifikation mit dem Beruf und dem Arbeitgeber. Dazu gehört eine Diskussion auf Augenhöhe und frühzeitige Beteiligung von Personalrat, Gleichstellungsbeauftragter und Vertretung von

Menschen mit Behinderung – und nicht erst wenn es zu spät ist.

Fazit

Die Polizei Hessen bietet einige Qualitäten, die für die Generation Z attraktiv sind – doch sie müssen sichtbarer, moderner und zielgruppenorientierter kommuniziert werden. Authentizität, Entwicklungschancen, Planbarkeit, faire Bezahlung und gesellschaftliche Relevanz sind zentrale Schlüsselbegriffe für eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung.

Ein anhaltender Personalmangel bei der Polizei Hessen hätte gravierende Folgen: Die Reaktionszeiten würden länger, die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum abnehmen und Ermittlungen würden noch mehr ins Stocken geraten und könnten nicht zeitnah abgearbeitet werden. Gleichzeitig steigt die Belastung für das verbleibende Personal, was zu Überarbeitung, Krankheit und sinkender Berufszufriedenheit führt. Ein Teufelskreis entsteht. Langfristig gefährdet dies das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und das Vertrauen in den Rechtsstaat – gerade in diesen unruhigen Zeiten kann sich dies das Land Hessen nicht erlauben! ■

Markus Hüschent, Vorsitzender
Bezirksgruppe Südosthessen

VIERTES PFLEGESEMINAR BEIM PP SÜDOSTHESSEN



Am 19.03.2025 fand in Hanau das vierte Pflegeseminar des PP SOH statt. Mit 30 Personen war die Veranstaltung im Brüder-Grimm-Saal in Hanau ausgebaut.

Im Rahmen des Gütesiegels „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ bzw. als Unterzeichner der Pflegecharta Hessen wurde Kontakt zum Pflegestützpunkt Main-Kinzig hergestellt.

Pflegestützpunkte werden von den Kranken- und Pflegekassen auf Initiative eines Bundeslandes eingerichtet und bieten Hilfesuchenden Beratung und Unterstützung. Wenn Hilfesuchende selbst pflegebedürftig sind oder pflegebedürftige Angehörige haben, erhalten sie im Pflegestützpunkt alle wichtigen Informationen, Antragsformulare und konkrete Hilfestellungen, z.B. zu den Themen Zu-

schüsse für Umbau, geeignete Pflegeheim oder ehrenamtliche Hilfe.

Eine Übersicht der hessischen Pflegestützpunkte findet sich hier: <https://www.pflege-in-hessen.de/beratung-und-information/pflegestuetzpunkte/>

Die Mitarbeiterin des Pflegestützpunktes Main-Kinzig, Petra Simon, informierte u.a. zu den Themen:

- Änderungen der gesetzlichen Pflegeversicherung zum 01.01.2025. Welche Möglichkeiten bieten Leistungen der Pflegeversicherung und wie können diese kombiniert werden?
- Pflegegeld, Pflegesachleistungen und die Kombinationsleistungen.
- Entlastungsbeitrag, Wohnnumbaumaßnahmen, Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege.

- Kurzzeitpflege sowie die vollstationäre Pflege.
- Welche Möglichkeiten haben pflegende Angehörige?

Dann konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konkrete Fragen stellen, die Frau Simon sachkundig beantwortete.

Als Dank bekam sie eine Tasche mit dem Logo des PP SOH sowie einen Stift und ein Notizheft – zufälligerweise hatte sie genau das für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch mitgebracht.

Im Anschluss informierte der Pflegeguide des PP SOH, Markus Hüschent, über das Pflegezeitengesetz, Umgang mit Pflege in der Behörde und präventiven Maßnahmen wie der Notfallmappe (Download hier: https://soziales.hessen.de/sites/soziales.hessen.de/files/2022-03/wichtigmappe_2020_bf.pdf) und der von der Behörde beschafften SOS-Rettungsdose. ■

Markus Hüschent,
Pflegeguide

Nützliche Informationen zum Thema Pflege

<https://www.wege-zur-pflege.de/start.html>

<https://www.pflege-in-hessen.de>

UMSTRUKTURIERUNG

NEUE POLIZEISTRUKTUR FÜR HANAU UND MAIN KINZIG KREIS

Hanau wird kreisfrei

Die Bemühungen der Stadt Hanau waren erfolgreich. Die erreichte **Auskreisung von Hanau** bedeutet, dass die Stadt Hanau ab dem 1. Januar 2026 **nicht mehr Teil des Main-Kinzig-Kreises** ist, sondern den **Status einer kreisfreien Stadt** erhält. Das hat mehrere organisatorische Auswirkungen auf den **Main-Kinzig-Kreis**, u.a. wurde eine Anpassung der Polizeistruktur als notwendig erachtet.

Natürlich gab es schon seit Gründung des Polizeipräsidiums Südosthessen immer wieder Pläne für Umgestaltungen wie sie in Stadt und Landkreis Offenbach bereits vollzogen wurden: Zusammenschluss von personell nicht mehr lebensfähigen DEGen zu REGen, Zusammenschlüsse von Revieren (zunächst Anfang der 2000er Jahre die Schließung des 3. Polizeireviers Offenbach, dann bei der lange überfälligen Eröffnung des neuen Polizeipräsidiums 2020 die Zusammenschließung des 1. und 2. Polizeireviers).

Lange vor der Auskreisung wurde immer wieder die Schließung der Polizeiposten im Altkreis Hanau und die Zukunft der Polizeistation Großauheim diskutiert, die politisch jedoch nicht gewollt waren, speziell nicht vor Wahlen.

Eine Zusammenlegung gab es bereits bei der medienwirksamen Eröffnung des Haus des Jugendrechts Hanau, bei der zeitgleich die DEGen Maintal, Großauheim und Hanau I und II zur REG Hanau zusammengelegt wurden.

Aus der offiziellen Pressemitteilung ergeben sich folgende Eckpunkte:



[Zur offiziellen Pressemitteilung](#)

Neues Polizeirevier Hanau

- Standort Am Freiheitsplatz 4, ehemals Polizeistation Hanau I
- Zuständig für
 - ganz Hanau inklusive Lamboy, Großauheim, Kleinauheim, Steinheim Wolfgang.
 - Gemeinde Großkrotzenburg
- Streifen 7 (bisher 5)
- Schutzleute vor Ort (SvO)
 - Bisher 2 Neu 4
 - 1 zusätzlich für Kesselstadt
 - 1 zusätzlich für Großauheim und Großkrotzenburg

Örtlicher Tausch von Polizeistationen

- Polizeistation Hanau II wird zur Polizeistation Langenselbold
- Polizeiautobahnstation Langenselbold zieht nach Hanau II (Neue PAST Südosthessen)

Neue Polizeistation Langenselbold

- Ort Autobahnmeisterei 10, Langenselbold
- Betreut ehemaliges Gebiet Hanau II ohne Stadtteil Lamboy

- Streifenwagen 2 rund um die Uhr
- Schließt geografische Lücke zwischen Maintal und Gelnhausen
- Auflösung der Polizeiposten
 - Bruchköbel
 - Erlensee
- Ersetzt durch mobile SvO mit festen Sprechzeiten in Rathäusern

Personelle Verbesserungen im Main-Kinzig-Kreis

- Polizeistation Gelnhausen
 - Plus Personal
 - 3 Streifen rund um die Uhr
- Polizeistation Schlüchtern
 - Plus Personal
 - 2 Streifen rund um die Uhr
 - 1 SvO
- Polizeistation Bad Orb
 - 1 SvO neu eingerichtet

Ziele der Reform

- Mehr Sichtbarkeit und Nähe der Polizei
- Stärkung des Sicherheitsgefühls
- Bessere regionale Abdeckung
- Moderne Polizeistrukturen

Fazit

Aus GdP-Sicht ist das zusätzliche Personal selbstverständlich begrüßenswert. Seit Gründung des PP SOH haben wir für ein mehr an Personal immer wieder lautstark gestritten, egal ob es nun in den Personalversammlungen des PP SOH oder auch in der Presse war: dass wir zu wenig Personal hatten (ebenso wie die sich nun immer mehr durchsetzende 5. Dienstgruppe, die überall in Hessen die Regel war, nur eben nicht

im PP SOH) war absolut offensichtlich, und nun wurde endlich gehandelt. Lange überfällig, aber das Ergebnis zählt.

Einige Beispiele für den Einsatz der GdP SOH für mehr Personal



2009



2016



2016a



2019

Ja, das Potenzial zur Verbesserung ist klar da – wenn die Umsetzung konsequent erfolgt und die versprochene Personalstärke auch wirklich erreicht wird. Besonders positiv sind:

- Mehr Streifenwagen in Hanau
- Stärkere Präsenz in ländlichen Teilen des Main-Kinzig-Kreises
- Bessere Struktur und klare Zuständigkeiten

Es bleibt aber wichtig, dass diese Maßnahmen **nicht nur auf dem Papier stehen**, sondern auch **im Alltag spürbar** werden – z.B. durch schnellere Einsätze, sichtbare Streifen und erreichbare Ansprechpersonen. Die Einführung zusätzlicher SvO-Stellen, insbesondere in Kessel-

stadt, Großauheim und Großkrotzenburg entspricht der GdP-Forderung nach mehr bürgernaher Polizeiarbeit.?

Noch offene Punkte aus Sicht der GdP:

1. Nachhaltige Personalplanung

- Trotz der aktuellen Aufstockungen betont die GdP die Notwendigkeit einer langfristigen Personalstrategie, um zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Wie schon in der Stadt Offenbach tragen nun auch in Hanau das vergrößerte Dienstgebiet zu einem deutlichen mehr an Verantwortung für die einzelnen DGLs bei – bei gleicher Besoldung. Auch sind nun natürlich auch weniger Führungsstellen (DGL/VDGL A12/A11) im Stadtgebiet Hanau vorhanden. Wohin gehen die Stellen langfristig?

2. Arbeitsbedingungen und Wertschätzung

- Eine hessenweit beachtete Umfrage unter Polizeibeschäftigten im Polizeipräsidium Südosthessen im Jahre 2023 zeigte Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und mangelnder Rückendeckung durch Vorgesetzte. Hat sich die Situation seitdem verbessert, und wie wirken sich die jetzigen Umstrukturierungen nun auf die Zufriedenheit aus?

3. Mehr Präsenz ≠ automatisch mehr Sicherheit

- Sichtbare Polizei hilft oft beim Sicherheitsgefühl – aber echte Kriminalitätsbekämpfung braucht auch Ermittlungen bei Ermittlungsgruppen und Kommissariaten, Prävention und vielen anderen Organisationseinheiten. Auch in diesen Bereiche wird personelle Aufstockung nach wie vor dringend gebraucht.

4. Verlagerung statt kompletter Aufstockung

- Ein Teil der Umstrukturierung ist eher „Umschichtung“ – nicht alles ist zusätzliches Personal

5. Erreichbarkeit in kleineren Orten

- Ob mobile SvO mit festen Zeiten wirklich ein gleichwertiger Ersatz für ganze Polizeiposten sind, hängt stark von der Umsetzung ab.

6. Personelle Ausstattung im Streifen dienst

- Man wird genau hinschauen müssen, ob die aktuellen Stärken ausreichend sind (z.B. bei der Pst. Bad Orb und der Pst. Langenselbold)

Insgesamt zeigen die aktuellen Strukturreformen in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis, dass viele Forderungen der GdP ernst genommen und teilweise umgesetzt wurden. Leider hat erst der Anschlag vom 19.02.2020 Hanau dazu geführt, dass genauer auf den Main-Kinzig-Kreis und speziell die personelle Ausstattung geschaut wurde, obwohl das Defizit bereits bei der Gründung des PP SOH ersichtlich war und wir als GdP immer wieder darauf hingewiesen haben.

Nun bleibt die vollständige Erfüllung aller Forderungen ein fortlaufender Prozess, der weiterhin Aufmerksamkeit und Engagement von Seiten der Politik und der Polizeiführung erfordert. Es gibt noch viel zu optimieren. ■

Markus Hüschent, Vorsitzender
GdP Bezirksgruppe Südosthessen

Quellen

<https://www.polizei.hessen.de/icc/ppsoh/sub/3de/broker.jsp?uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59&tuCon=3de20445-8382-8591-881d-3c260a2901b4>

<https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/personalkarussell-dreht-sich-weiter-11649026.html>

<https://www.op-online.de/offenbach/offenbach-gewerkschaft-polizei-kritisiert-arbeitsbedingungen-6370790.html>

<https://www.fuldainfo.de/mkk-kreis-spitze-im-gespraech-mit-delegation-der-polizeigewerkschaft/>

<https://osthessen-news.de/n11529967/mehr-aufgaben-und-%C3%BCberstunden-gewerkschaft-der-polizei-braucht-verst%C3%A4rkung.html>

BEZAHLUNG MIT PAYPAL „FAMILY & FRIENDS“:

WENN SCHNELLES VERTRAUEN TEUER WIRD

Wer kennt es nicht? Ein Schnäppchen bei kleinanzeigen.de, vinted.de, ebay.de, hood.de oder anderen Verkaufsplattformen im Internet, und der Verkäufer hätte gern das Geld per „Family & Friends“ – kostet ja keine Gebühren, und macht die Ware dadurch nicht noch teurer. Und bei dem Preis kann man ja nicht nein sagen, oder?

Die Funktion „Geld an Freunde und Familie senden“ ist bei vielen PayPal-Nutzern beliebt – schließlich fallen keine Gebühren an und die Überweisung ist schnell erledigt – ganz ohne TAN-Generator etc. Doch genau diese Vorteile können sich schnell ins Gegenteil verkehren: Denn bei Zahlungen über „Family & Friends“ besteht kein Käuferschutz. Das macht die Methode anfällig für Betrug und bringt einige rechtliche sowie praktische Probleme mit sich.

Die größten Probleme und Risiken

1. Kein Käuferschutz

Der wichtigste Nachteil: Im Betrugsfall ist das Geld in der Regel weg. Wenn z.B. ein Verkäufer auf eBay Kleinanzeigen Geld über „Friends & Family“ verlangt und anschließend keine Ware liefert, haben Käufer keine Möglichkeit, den Betrag über PayPal zurückzufordern.

2. Missbrauch durch Verkäufer

Einige unseriöse Händler fordern absichtlich diese Art der Zahlung, um Verantwortung und Rückzahlungspflicht zu

umgehen. Oft ist dies ein Warnsignal, insbesondere bei privaten Online-Käufen.

3. Verstoß gegen PayPals AGB

Wenn jemand wiederholt Zahlungen über „Family & Friends“ für tatsächliche Waren oder Dienstleistungen entgegennimmt, verstößt er gegen die Nutzungsbedingungen von PayPal. Im schlimmsten Fall drohen Sanktionen, wie die Sperrung des Kontos.

4. Finanzielle Risiken für Käufer

Ein häufiger Fehler ist die Annahme, man könne das Geld über das eigene Bankinstitut zurückholen. Doch auch eine Rückbuchung über Kreditkarte oder Lastschrift ist bei „Family & Friends“ deutlich schwieriger – oder gar nicht möglich. Denn wenn das Paypalkonto im Ausland, am schlimmsten Fall noch außerhalb der EU registriert ist, ebenso die verwendete Mobilfunknummer, sind Ermittlungen extrem schwierig und aufwändig.

Wann (und wann nicht) sollte man die Funktion nutzen?

Sinnvoll bei:

- Geldgeschenken unter Freunden oder Familie
- gemeinsamen Ausgaben (z.B. Miete, Urlaubskosten, Essensrechnung)
- Rückzahlungen im privaten Bereich

Nicht geeignet für:

- Kauf von Waren oder Dienstleistungen über das Internet



- Transaktionen mit unbekannten Personen
- Geschäftliche Zahlungen oder gewerbliche Zwecke

Fazit: Nur für echtes Vertrauen

„PayPal Family & Friends“ ist bequem und kostenlos – aber auch riskant, wenn es falsch eingesetzt wird. Wer diese Zahlungsart nutzt, sollte sich absolut sicher sein, dass der Empfänger vertrauenswürdig ist. Das beste Bewertungsprofil kann von jemand anderem übernommen worden sein, und auch das Foto vom Ausweis des Verkäufers kann leicht gefälscht werden.

Familie und Freunde sind eben nicht Unbekannte aus dem Internet! Daher gilt: Lieber etwas Gebühren zahlen und den Käuferschutz dabei haben, als im Ernstfall auf den Kosten sitzenzubleiben! ■

Markus Hüschentbett,
Bezirksgruppe Südosthessen

Bild: Antje Delater/pixelio.de



„Ich setze mich für MS-Kranke ein. Bitte helfen Sie auch mit!“

Petra Gerster
Petra Gerster

Multiple Sklerose hat 1.000 Gesichter und verläuft bei jedem anders. Einige Betroffene sind im Alltag stark eingeschränkt. Gerade für diese Menschen und ihre Angehörigen setzen wir uns ein.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE39 3702 0500 0007 6052 00
BIC: BFSWDE33XXX

Wittelsbacherallee 86 • 60385 Frankfurt
Tel.: 069 405898-0
dmsg@dmsg-hessen.de
www.dmsg-hessen.de



**Deutsche
Multiple Sklerose
Gesellschaft
Landesverband
Hessen e. V.**

**VERKAUFEN
VERMIETEN
VERWALTEN
VERSprochen**

**40
Jahre**

albero
mein Immobilienpartner

fon 06182-23970
www.albero-immobilien.de



GdP-Aktuell

Einladung zur **Jahreshauptversammlung** der Kreisgruppe Offenbach der GdP

**Donnerstag, 3. Juli 2025, ab 09:30 Uhr ankommen,
Beginn 10:00 Uhr**

63179 Obertshausen, Tempelhofer Straße 10;
Bürgerhaus Restaurant

Tagesordnung

1. Begrüßung und Totenehrung
2. Bericht des Vorsitzenden
3. Bericht des Kassierers
4. Bericht der Kassenprüfer
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Grußworte der Ehrengäste
8. Ehrung der Jubilare
9. Anfragen und Verschiedenes

Für das leibliche Wohl wird wie immer bestens gesorgt sein!
Dienstbefreiung ist durch die Behördenleitung genehmigt.

Wir wünschen eine gute Anreise.

Mit kollegialen Grüßen
Der Vorstand
i. A. Stefan Wagner/Vorsitzender



**Gewerkschaft
der Polizei**

Kreisgruppe Offenbach

NOCH NICHT DABEI? DANN ABER LOS – ES LOHNT SICH!



**Gewerkschaft
der Polizei**
Hessen



Kennen Sie schon die dauerhaften Preisnachlässe bei Top-Anbietern?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von Ihnen kennen und nutzen unser Vorteilsportal bereits und konnten schon bei vielen Einkäufen sparen. Wenn Sie noch nicht angemeldet sind, registrieren Sie sich am besten gleich und nutzen Sie die dauerhaft attraktiven Angebote.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Stöbern und Einkaufen.



- 1 Vorteilsportal aufrufen
<https://gdp-hessen.rahmenvereinbarungen.de>
- 2 Einmalige Registrierung mittels **privater E-Mail-Adresse** und dem Registrierungscode
bekommt ihr bei euren Bezirksgruppen oder von der Geschäftsstelle
- 3 Einloggen und sofort attraktive Angebote wahrnehmen



ODER



corporate benefits



Ihre Vorteile:

- ✓ Dauerhafte Preisnachlässe z.B. auf Reisen, Mode, Technik, Mobilfunk u.v.m.
- ✓ Zugriff auf Angebote von über **800 Top-Markenanbietern** von zuhause und unterwegs
- ✓ Monatliche Erweiterung des Angebots



CHRIST

AEG

Tchibo

WMF

WITHINGS

Rosenthal

Expedia

POLITISCHER DRUCK – GdP KÄMPFT FÜR:

ANGEMESSENE ARBEITSZEITREGELUNG BEI DEN SPEZIALEINHEITEN

Spontan, schnell und flexibel – um sofort da zu sein, wenn es darauf ankommt!

Dies ist nicht nur eine gute Überschrift, sondern auch eine klare Erwartungshaltung unserer Polizeiführerinnen und Polizeiführer.

Zurecht! Auch die Bürgerinnen und Bürger haben von der Polizei und damit auch den Spezialeinheiten eine klar definierte Vorstellung: Spezialeinsatzkommandos, Mobile Einsatzkommandos und die Verhandlungsgruppen sind Spezialistinnen und Spezialisten. Schnell verfügbar und hoch professionell.

Doch was bedeutet das eigentlich für die Polizeibeschäftigten, die hinter dieser Erwartungshaltung stehen? Was bedeutet es für das Familien- und Privatleben unserer Kolleginnen und Kollegen?

Vorab: Ein Urteil der 20. Kammer des Hamburger Verwaltungsgerichtes aus 2022, welches einem Beamten der Hamburger Spezialeinheiten, der auf bessere Vergütung seiner Bereitschaftszeiten klagte, Recht gegeben hatte, brachte „den Stein auch in Hessen“ ins Rollen.

Angelehnt an die erstrittene Rechtsprechung in Hamburg wurde die Gesamthematik auch in Hessen schnell ein Thema. Klares Ziel: Eine Verbesserung unserer derzeitigen Rufbereitschaftsregelung / Vergütung. Aktuell wird die Rufbereitschaft zu 12,5% (1:8 Regelung) als Arbeitszeit vergütet. Leider gab es keine Initiative der hessischen Landesregierung, um die bestehenden Bedingungen proaktiv auch in Hessen attraktiver zu regeln. Insbesondere in Nordhessen waren die Angehörigen der Spezialeinheiten rührig und haben Kontakt mit der GdP Nordhessen und dem örtlichen Personalrat NH um Stefan Rüppel gesucht, um auf diesem Weg den Dialog mit dem Ministerium und dem Landespolizeipräsidium anzustoßen und zielgerichtet Verbesserungen zu erreichen.

Unser GdP-Landesvorsitzender hat sich der Gesamthematik ebenfalls angenommen und mit Blick auf das ab November 2023 „neue Hessische Polizeipräsidium Einsatz“, gemeinsam mit

Vertrauensleuten aus den nordhessischen Einheiten kurzerhand einen gemeinsamen Termin im Jahr 2022 organisiert. Schnell waren sich alle einig, dass das Hamburger Urteil Grundlage eines Antrags der hessischen Spezialeinheiten darstellen sollte. Der Antrag/Widerspruch wurde in Zusammenarbeit mit einem durch die GdP beauftragten Rechtsanwalt erstellt.

In dem Antrag heißt es: *„...zur Begründung nehme ich auf die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und der deutschen Verwaltungsgerichte, insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts, Bezug. Dieser Rechtsprechung zufolge ist ein Rufbereitschaftsdienst, trotz der fehlenden Ortsbestimmung durch den Arbeitgeber, als Arbeitszeit einzustufen und dementsprechend zu vergüten, wenn dem Arbeitnehmer Einschränkungen von solcher Art auferlegt werden, dass sie die Möglichkeit, während der Bereitschaftszeiten die Zeit, in der seine beruflichen Leistungen nicht in Anspruch genommen werden, frei zu gestalten und seinen eigenen Interessen zu widmen, objektiv gesehen ganz erheblich beeinträchtigen.“ (EuGH, Urtl.von 2021) ..."eine Vergütung zu 12,5% als Arbeitszeit ist daher eindeutig unangemessen.“*

Die speziellen Bedingungen, welche die Bereitschaftsdienste bei den Spezialeinheiten ausmachen, begründen nach Überzeugung der zuständigen GdP-Funktionäre, Personalräte und auch nach Überzeugung der Impulsgeber der betroffenen Einheiten den Weg des Widerspruchs der aktuellen Vergütungsregelung. Die Anträge wurden im Oktober 2022 ins Landespolizeipräsidium gesendet.

Die GdP begleitet gemeinsam mit der GdP-Rechtsabteilung und dem beauftragten Rechtsanwalt den Bearbeitungsweg des Widerspruchs.

In der Zwischenzeit gab es in Schleswig-Holstein nach Informationslage der Gewerkschaft eine deutliche Verbesserung bei der Vergütung der Bereitschaftszeiten im Bereich der Spezialeinheiten. So wurde dort die Vergütung auf 1:3 angehoben und teils ein monetärer Ausgleich für zurückliegend absolvierte Bereitschaftszeiten geleistet.

Aus Wiesbaden kamen keinerlei positive Signale, dass man auf die Widersprüche positiv eingehen würde, vielmehr gab es erste Behörden, die auf die Widersprüche Ablehnungsbescheide schickten und damit die Hoffnung der betroffenen Beamten auf eine bessere Vergütung ihrer herausfordernden Rufbereitschaft in einer hessischen Spezialeinheit, zerschlug. Nach intensiver Beratung innerhalb der GdP, gemeinsam mit den Personalräten sowie der Initiatoren aus den betroffenen Einheiten gab es eine Initiative der GdP, die in dieser Form einmalig ist. Klar war es wird sich nur durch politischen Druck etwas bewegen!

Exklusiv zum Thema Bereitschaftsvergütung bei den hessischen Spezialeinheiten wurde über den Hauptpersonalrat für April 2024 ein Termin beim Staatssekretär im hessischen Ministerium des Inneren, Martin Röblier(CDU) vereinbart.

Karsten Bech als Vertreter des Hauptpersonalrats und der Autor des Artikels als Vertreter des Personalrats des Hessischen Präsidiums Einsatz vertraten dabei die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Spezialeinheiten. Im Beisein des Landespolizeipräsidenten Robert Schäfer und den Fachjuristen für den Bereich Tarif- und Beamtenrecht wurde durch die Personalräte und GdP-Funktionäre ein Problemaufriss dargestellt. Im Kern wurde die Rufbereitschaft mit „besonderen Anforderungen“ und den daraus resultierenden erhöhten Belastungen in der Lebenswirklichkeit beschrieben. Im Ergebnis stellten wir als GdP-Vertreter klar raus, dass die aktuelle Vergütung der Rufbereitschaft für die hessischen Spezialeinheiten nach unserer Auffassung nicht mehr zeitgemäß ist!

Der Staatssekretär beauftragte den LPP mit einer Prüfung der aktuellen Bereitschaftsvergütung. Ein erster politischer Erfolg der GdP in dieser Sache!

Nach nur zwei Wochen bekamen Karsten Bech und der Autor des Artikels als GdP-Vertreter eine Einladung ins Landespolizeipräsidium. Gemeinsam mit Herrn Landespolizeipräsident Schäfer und einer Fachjuristin erörtern wir Vorschläge für eine zeitgemäße, faire und zukunftsweisende Vergütung der Bereitschaftszeiten im SE-Bereich.

Es vergingen dann einige Monate bis zum Sommer 2024. Nach Gewerkschaftsinformationen beauftragte der LPP den Behördenleiter des Hessischen Präsidium Einsatz, Präsident Malte Neutzler mit einer Überarbeitung der Bereitschaftsregelung für seinen Zuständigkeitsbereich – also für die Spezialeinheiten. Ein klarer Erfolg der GdP, ohne uns hätte sich nichts bewegt!

In der Folge war die GdP bei der Erarbeitung konkreter Regelungsentwürfe beteiligt und brachte sich mit ihrer Expertise ein.

Aktuell warten wir auf eine hoffentlich positive abschließende Entscheidung aus dem Innenministerium. Die GdP hat sich im Prozess immer klar für eine attraktive sogenannte 1/4 Regelung ausgesprochen. Unser GdP-Landesvorsitzender, Jens Mohrherr, hatte in einem Interview in der DP zum Thema der Arbeitssituation in der hessischen Polizei gesagt: „...die Auftragsbücher sind voll – die Fachkräfte fehlen!“ In gedanklicher Anlehnung an diese Aussage, kann man in Richtung der Entscheidungsträger in Wiesbaden nur appellieren, den Vorstoß der GdP zur angemessenen Vergütung der Rufbereitschaftszeiten bei den Spezialeinheiten in Hessen als große Chance zu verstehen. Angesichts der nachhaltigen Personalprobleme in der Nachwuchsrekrutierung für hessischen Spezialeinheiten, ist man im Ministerium in Wiesbaden gut beraten, ein deutlich spürbares Signal in Richtung Attraktivitätssteigerung zu senden!

Unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, die ihr Studium an der HöMS absolviert haben, schauen bei der Auswahl ihrer künftigen Dienststellen verstärkt auf Arbeits- und Einkommensbedingungen, gepaart mit dem Gedanken einer gelebten „Work-Life-Balance“. Die hohe Flexibilität, die den Bediensteten der Spezialeinheiten abverlangt wird, muss sich in einer vergleichbaren Vergütung mit Spezialeinheiten anderer Bundesländer wiederfinden! Es kann und darf nicht sein, dass an der hessischen Landesgrenze „Ende der Komfortzone“ ist. So, wie es auch im generellen Besoldungsvergleich mit anderen Bundesländern bestellt ist. Der Bund macht es in vielen Bereichen vor: Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage mit entsprechender und deutlicher Erhöhung sowie deutlich höheres Grundgehalt in den Besoldungsgruppen stehen dort zu Buche! Von der verfassungswidrigen Besoldung einmal ganz abgesehen!

Unser GdP-Vorsitzender hat zu diesem Thema eine klare Meinung: *Wer das nicht versteht und entsprechend handelt, verspielt eine große Chance, unsere Spezialeinheiten als attraktiven Arbeitsplatz für hoch motiviertes, inzwischen auch überall in der Polizei benötigtes, Personal weiterzuentwickeln! Zu einem neuen Präsidium in der hessischen Polizeilandschaft gehören auch attraktive und angepasste Arbeitsbedingungen.*

An der Stelle verweise ich auch gerne auf die im Koalitionsvertrag der amtierenden hessischen Landesregierung festgeschrie-



Karsten Bech (Hauptpersonalrat),
Christoph Möhring (Personalrat, HPE)

bene Aussage, dass Hessen ein familienfreundlicher Arbeitgeber ist!

Die GdP – als größte Gewerkschaft im Polizeibereich mit über 13.500 Mitgliedern in Hessen und weit über 200.000 Mitgliedern bundesweit wird sich gemäß ihrem ureigensten Auftrag, sich für die Verbesserung der Lebens-, Einkommens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder einzusetzen, weiter auch in dieser Thematik engagieren und für die hessischen Spezialeinheiten kämpfen! ■

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Christoph Möhring
stellv. Vorsitzender GdP Bezirksgruppe HPE



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdphessen.de

*„Wir kämpfen
für Eure Interessen!“*

Unsere 3 Beerdigungs-Institute ...

...nehmen sich stets Zeit für Sie und beraten Sie auch gerne zu Hause.

Tag & Nacht, auch an Sonn- und Feiertagen sind wir für Sie da.

PETÄT SCHMIED

Für ganz Offenbach und Umkreis
Berliner Straße 308 · 63067 Offenbach/M.

0 69/8 23 60 600

PETÄT SCHMIED

Für ganz Rodgau und Umkreis
Rheinstraße 3 · 63110 Rodgau

0 61 06/82 60 82

PETÄT SCHMIED

Für ganz Dietzenbach und Umkreis
Landwehrstraße 9 · 63128 Dietzenbach

0 60 74/3 50 77

Wir stehen Ihnen bei Ihrer Trauer und Ihren Wünschen zur Seite.

Wir bitten um telefonische Terminvereinbarung.

ORGANISATIONSENTWICKLUNG AUF DEM PRÜFSTAND

Seit ein paar Jahren gibt es zahlreiche Projekte, Teilprojekte, Arbeitsgruppen, Stabsstellen und vieles mehr. Gefühlt der größte Umbruch seit der Neugliederung der Polizeipräsidien Anfang der 2000er Jahre. Spätestens seit man feststellen musste, dass die Sicherheitspakete nicht annähernd ausreichen würden, um die Belastung in der hessischen Polizei zu reduzieren, gab es viele Gedanken, wie man auf anderen Wegen eine Verbesserung schaffen kann.

Dem Mehr an Personal ging auch ein deutliches Mehr an Aufgaben einher. Beispielsweise kamen durch neue Kriminalitätsphänomene und bessere Auswertungen in Bereichen wie Kinderpornographie oder Krypto-Chats eine Vielzahl an neuen Verfahren in die Fachkommissariate.

Internationale Krisen, egal ob Corona, der russische Angriffskrieg, oder der Überfall der Hamas auf Israel, Beispiele gab es in den letzten Jahren genug. Als wären äußere Faktoren nicht alleine ausreichend, sollte auch die lange verschlafene Digitalisierung im Schweinsgalopp aufgeholt werden.

Neue zusätzliche Herausforderungen

Es stellten sich also wieder einmal weitere personelle und materielle Herausforderungen. Aus diesem Grund wurden die Projekte P24 (jetzt P25) und S 25 (Streifendienst 25) in Leben gerufen.

In einzelnen Teilprojekten soll das große Ganze betrachtet werden. Ebenso wie im Teilprojekt V/Z 25. Hier geht es um die sogenannten „Serviceleistungen“ für den Polizeibetrieb.

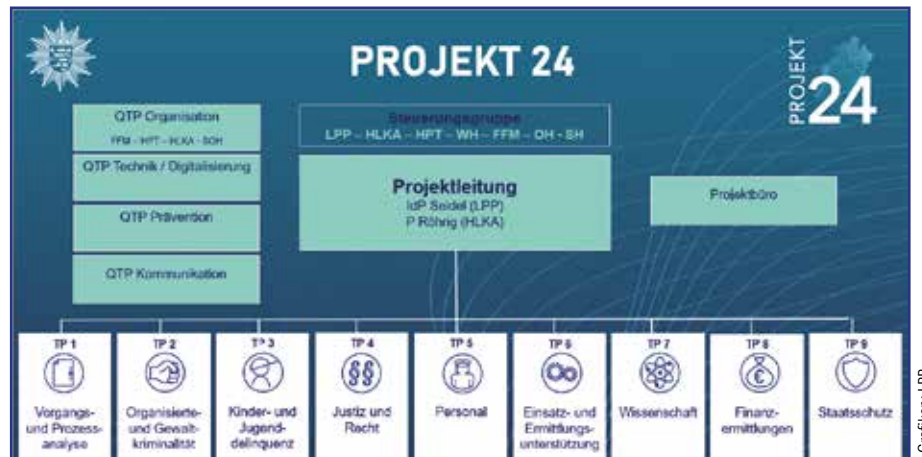
Alleine bei P 24/25 gibt es 9 Teilprojekte und 4 Querschnittsteilprojekte (siehe Grafik oben rechts).

Gefühlter Neustart bei null

Salopp gesagt, die Kriminalitätsbekämpfung wird gefühlt einmal auf links gedreht, um eine sogenannte „Prozessoptimierung“ zu betreiben.

Baustellen gibt es innerhalb der polizeilichen Strukturen dafür genug. Täglich gibt es zahlreiche Informationen, die an vielen Orten gesammelt werden. Sie sind jedoch in ihrer Masse selten in einer Datenbank umfassend nutzbar.

Im Bund/Länder-Bereich sieht der Datenabgleich oft noch bescheidener aus. Der Datenschutz, wie er teilweise in Deutschland gelebt wird, stellt eine immense Hürde dar.



Auch der Bereich der Finanzströmermittlungen bedarf einer deutlichen Verbesserung. Der alte Satz: „Folge der Spur des Geldes“, wird durch andere Länder und andere Behörden deutlich besser betrieben.

Das BKA stellte in der jüngeren Vergangenheit beispielsweise 3-stellige Millionenbeträge im Bereich der Cyberkriminalität sicher. Welche Potenziale im Bereich der Finanzströmermittlungen schlummern, zeigen auch die Schätzungen von Experten, die davon ausgehen, dass jedes Jahr mindestens 50 Milliarden Euro Schwarzgeld in Deutschland gewaschen werden.

Personal und Digitalisierung

Weitere wichtige Faktoren stellen aber auch im Projekt P 24/25 die Bereiche Personal und Digitalisierung. Gerade im Bereich der Digitalisierung ist mit der Nutzung von KI viel Potenzial vorhanden.

Es gibt im beispielsweise im ZK Fokus gute Erfahrungen, die auf andere Bereiche umgemünzt werden können. Clearingstellen sind nur ein Mittel der Wahl.

Dass Kriminalitätsbekämpfung nicht alleine durch die Polizei gestemmt werden kann, zeigt das Teilprojekt Justiz und Recht, hier soll genau wie im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz eine stärkere Verzahnung aller involvierten Behörden erfolgen.

Besonderer Blick auf „die Straße“

Das Projekt Streifendienst 25 soll sich alle Faktoren anschauen, die für den Wach- und Wechseldienst maßgeblich sind. Hier gibt es die drei großen Teilprojekte Ressourceneinsatz, Organisation und Aufgabenbewältigung.

Bei der Kick-Off Veranstaltung wurde früh klar, dass kein zusätzliches Personal in absehbarer Zeit kommen wird.

Die Behörden müssen also intern schauen, wie sie mit den vorhandenen Möglichkeiten Veränderungen bewerkstelligen können. Dieses Projekt wird nicht alleine mit der Betrachtung des WSD's auskommen können.

Personalmehrung im WSD mangelhaft

Die bereits erwähnten Sicherheitspakete kamen nicht in der Fülle „auf der Straße“ an, wie es bei deren Verkündung versprochen wurde.

Die Einsatzbelastung ist jedoch bei den Rund-um-die-Uhr-Dienststellen geblieben, eher gewachsen. Viele Ressourcen sind, anders als geplant, in die Kriminalitätsbekämpfung gegangen, oder in Leitungsstäben verschwunden.

Wichtige Faktoren im Projekt S 25 sind die Mindestwachstärke oder der sog. RUDI-Faktor. In zahlreichen Gesprächen wurde bekannt, dass gerade die Messkomponente des RUDI-Faktors nicht im ganzen Hessenland bekannt ist.

Auch eine Herleitung der Mindestwachstärken konnte nicht in den Archiven der Polizei gefunden werden. Gerade was die Mindestwachstärke und die Vergleichbarkeit der Dienststellen untereinander angeht, gibt es viele Faktoren zu berücksichtigen.

Bayern hat bereits vorgearbeitet

Hier hat man sich in Hessen eine Anleihe am Freistaat Bayern genommen. Dort hat man sich über Jahre hinweg Gedanken gemacht, wie man möglichst objektiv das Personal verteilen kann.

Ein weiterer Bereich, der im Teilprojekt Aufgabenbewältigung betrachtet wird, ist nicht minder wichtig für dieses Projekt. Muss die Polizei mit den endlichen Ressourcen wirklich alle aktuellen Aufgaben leisten oder können verschiedene Aufgaben auch ausgelagert werden?

Bekannte Beispiele sind die kommunale Ermittlungsersuchen aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung, die Jugendverkehrsschule, oder auch die Justiztransporte. Hier gilt es flächendeckend kluge Lösungen zu finden.

Bauen, Beschaffung und vieles mehr

Das Projekt V/Z 25 befasst sich unter anderem mit allen Themen rund um Bauen, Liegenschaften, Beschaffung und alles was bisher sonst noch in den Abteilungen Verwaltung und Zentrale Dienste verortet war.

Egal ob Fahrzeugwesen oder Waffen und Gerät. Auch hier gibt es in den Präsidien erhebliche Unterschiede in den Strukturen. Frank von der Au hat hier die Projektleitung übernommen.



Bild: GdP

Daniel Klimpke und Simone Sieger bei der Auftakt-Veranstaltung zu S 25



Der Präsident des Präsidiums für Technik (HPT) sollte für dieses Projekt der richtige verantwortliche Leiter sein.

Neben den drei großen Projekten gibt es zahlreiche kleinere Projekte und Arbeitsgruppen, die die hessische Polizei zukunftsfähig machen sollen.

Welche Projekte wie in näherer Zukunft weiter vorangetrieben werden, wird die neue veränderte Führungsriege der hessischen Polizei maßgeblich beeinflussen.

Neue Leitungsverantwortung im LPP

Felix Paschek als kommissarischer LPVP ist gefragt, für die Übergangszeit bis zur neuen Besetzung der Abteilungsleitung kluge Lösungen zu finden, die man gemäß der neuen PDV 100 als Win-Win-Situation bezeichnen kann.

Die Projekte innerhalb der Polizei können und werden nur funktionieren, wenn die Beschäftigten auf allen Ebenen mitgenommen und positiv am Veränderungsprozess begleitet werden. Die Beschäftigten sind ihrerseits auch aufgefordert, die nötigen Veränderungen kritisch und konstruktiv zu begleiten.

GdP begleitet den Prozess sehr eng

Die GdP steht bereit. Es bleibt spannend, welchen Weg die hessische Polizei gehen wird. Eines steht aber unumstößlich fest, ohne ausreichendes Personal wird kein Projekt dauerhaft von Erfolg gekrönt sein.

Denn am Ende des Tages sind es die Menschen, die aus den Streifenwagen aussteigen und die ersten Entscheidungen treffen müssen.

Daniel Klimpke

INNENMINISTER PROF. POSECK IM DIALOG MIT DER GdP

Turnusmäßig und in nicht festgelegten Intervallen finden Gespräche zwischen dem GdP-Landesvorstand und unserem Innenminister statt. Am 3. April war es wieder soweit. Vorab: Wertschätzend empfanden wir die Tatsache, dass Minister Prof. Dr. Poseck nur mit seinem persönlichen Referenten Dr. Schalck und einem Mitarbeiter erschien und damit auf eine fachliche Beratung aus dem LPP verzichtete.



Bild: HMdI

Da Hessen als eines von 16 Bundesländern keine Insel ist, wurde inhaltlich auch der Bund nicht ausgespart.

Die GdP legte mit Verweis auf aktuelle Zahlen dar, dass Einsätze im Bereich der Alltagskriminalität, darunter Körperverletzungsdelikte, Wohnungseinbrüche, Sexualstraftaten, sowie Cyberkriminalität, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, zugenommen haben.

Trotz hohem personellem Einsatz liegt die Aufklärungsquote vielerorts lediglich bei etwa 50 %.

Erneut mehr Angriffe auf Polizei

Besorgniserregend ist zudem eine erneute Zunahme gezielter Gewalt gegen Polizeibeschäftigte, insbesondere bei Demonstrationen, nächtlichen Einsätzen im urbanen Raum, sowie im Rahmen polizeilicher Standardmaßnahmen.

Die Sicherheitslage hat sich damit nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für uns als Polizei erneut verändert! Jens Mohr betonte, dass unsere Sicherheitsbehörden, ähnlich wie auf Bundesebene, mit einem spürbaren Anstieg der Fallzahlen und einer gleichzeitigen Verschärfung der Einsatzrealität konfrontiert sind. Angriffe aus der Mitte der Gesellschaft gegen Polizeibeschäftig-

te bedürfen mehr als Forderungen nach höheren Strafmaßen!

Überforderung in allen Bereichen

Die Polizei befindet sich, so die klare GdP-Botschaft, an der Schwelle personeller und struktureller Überforderung!

Ein zentrales Thema war darüber hinaus die defizitäre personelle Realität in den Kommissariaten, Ermittlungsgruppen und in den Schichten!

Nach unserer Bewertung steht der Personalbestand der hess. Polizei in einem belegbaren Missverhältnis zu den operativen Anforderungen! Insbesondere der polizeiliche Alltag bei den Basisdienststellen „fährt personell auf Reserve“.

Kurzum: Im allgemeinen Vollzugsdienst besteht eine dauerhafte nicht hinnehmbare personelle Unterdeckung!

Sparpolitik der Landesregierung

Innenminister Poseck verwies in seiner Replik auf die verfassungsrechtlichen Grenzen haushaltspolitischen Handelns und räumte ein, dass die finanziellen Spielräume des Landes angesichts zahlreicher konkurrierender Bedarfe eingeschränkt sind, gleichwohl die Polizei „besonders geschützt ist.“

Die GdP blickt mit Sorge auf die bisherige Sparpolitik der Landesregierung zu Lasten der Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr! Wenn die Sparzwänge von CDU und SPD eine erneute, einseitige finanzielle Belastung der Polizeibeschäftigten im Landeshaushalt 2026 nach sich zieht, wird dies unkalkulierbare Folgen für die Attraktivität des Polizeiberufes in Hessen haben.

Die GdP fordert eine personelle Offensive in Hessen und im Bund. Die bundesweit geforderten 20.000 Polizeibeschäftigten spiegeln hessische GdP-Forderungen wider: mindestens 1.000 Polizeibeschäftigte braucht die Polizei in Hessen mehr!

Vollzugs-, Verwaltungs- sowie IT-Fachpersonal genauso wie Tarifbeschäftigte, um den Vollzug zu entlasten. Eine konkrete politische Zusicherung zusätzlicher Planstellen und Mittel erfolgte seitens des Ministers mit Blick auf den Landeshaushalt 2026 nicht.

Attraktivität des Polizeiberufs

Einigkeit bestand darüber, dass sich die Lage auf dem Bewerbermarkt deutlich zuspitzt. Die GdP stellt einen spürbaren Rückgang geeigneter und damit studierfähiger Bewerberinnen und Bewerber fest. Abbruchquoten von aktuell 15% sind kein Grund zum Jubeln.

Gründe hierfür sind vielfältig: eine gestiegene physische und psychische



Minister Poseck zu Besuch im HPR Polizei
links PP Paschek, rechts Daniel Klimpke

Belastung im Polizeidienst, keine Vereinbarung von Familie und Beruf und damit mangelnde Planbarkeit des Berufsalltags, dazu eine im Vergleich zu anderen öffentlichen Laufbahnen geringere Einstiegsbeoldung, die in den ersten Berufsjahren lediglich eine Beförderungsaussicht nach A 10 nach sich zieht!

Minister Poseck zog Parallelen zur Justiz, die aus seiner früheren Tätigkeit als Präsident des Oberlandesgerichts mit vergleichbaren Nachwuchsproblemen konfrontiert sei.

Auch Liegenschaften der HöMS erfüllen an den Standorten Gießen und Wiesbaden nicht ansatzweise hochschulische Voraussetzungen, wenn man sich die Liegenschaften anschaut.

Weitere negative Faktoren

Strukturelle Problemfelder innerhalb unserer Polizeiorganisation wurden angesprochen. Die bauliche Situation vieler Polizeiliegenschaften ist marode!

Diese Tatsache wurde dem Minister auch bei seiner Teilnahme anlässlich zweier Personalversammlungen verdeutlicht. Die GdP schilderte teils prekäre Zustände, insbesondere bei Altbauten, und wies darauf hin, dass Arbeitsbedingungen, Sozialräume, Sicherheitsvorkehrungen sowie technische Infrastruktur vielerorts nicht dem Stand einer modernen Behördenarbeit entsprechen.

Probleme selbst erkannt, aber kein Geld

Minister Poseck berichtete von eigenen Ortsbesichtigungen in Frankfurt am Main und Darmstadt, die seine Einschätzung einer erheblichen Investitionsnotwendigkeit bestätigt hätten.

Die GdP forderte verbindliche Maßnahmen in Form eines mehrjährigen Sanierungs- und Modernisierungsplans.

Visionen des ehemaligen MP Koch sind krachend gescheitert

Zudem steht aus GdP-Sicht fest, dass das von der ehemaligen Landesregierung unter MP a.D. Koch vorgenommene Modell, Bau und Liegenschaften unter einem

neutralen Dach des LBIH zu konzentrieren, „krachend gescheitert ist!“

Konkret blieb seitens unseres Ministers auch bei diesem Thema eine finanzielle Zusage für ein „konkretes Investitionsprogramm“ leider aus.

Flexibilisierung des LAK erforderlich

Kritisch thematisiert wurde der Umgang mit dem Lebensarbeitszeitkonto (LAK). Jens Mohrherr stellte fest, dass die Jahrzehnte lange Kumulation von LAK Gutschriften dazu führt, dass dringend benötigte Personalkapazitäten bereits Monate vor dem Eintritt in den Ruhestand „faktisch aus dem Dienst ausscheiden“.

Eine Konsequenz ist zudem der sofortige Verlust an polizeilichem Erfahrungswissen. GdP-Vorschläge zu einer Entzerrung und flexibleren Handhabung der LAK Stunden wurden wiederholt mit Verweis auf haushaltsrechtliche Bedenken von den seit 25 Jahren CDU-geführten Innenministern kategorisch abgelehnt. Minister Poseck äußerte sich zurückhaltend, kündigte jedoch eine Prüfung alternativer Kompensationsmodelle an.

Demokratische und transparente Polizei

Die Polizei steht wie kein anderer Berufsstand im Fokus der Öffentlichkeit. Aus Sicht der GdP ist es von zentraler Bedeutung, dass die Polizei als Institution in ihrer Neutralität und Verfassungstreue unangreifbar bleibt.

Die zunehmende Präsenz rechtspopulistischer Rhetorik im politischen Raum und im Hessischen Landtag dürfe nicht dazu führen, „dass extremistische Narrative innerhalb der Polizeistrukturen Anklang finden!“

Minister Poseck wies in diesem Zusammenhang auf die juristische Einordnung politischer Parteien hin. Solange keine gerichtliche Feststellung der Verfassungswidrigkeit vorliege, sei jede zugelassene Partei Teil des demokratischen Systems.

Die GdP machte deutlich, dass unabhängig von Parteizugehörigkeiten jegliche Form von extremistischem Einflüssen innerhalb der Polizei entschieden zurückgewiesen werden müssen. Politische Themen, polizeiliche Herausforderungen und eine fragile Demokratie in Europa und Nordamerika belasten unabhängig von Zahlen und Fakten aus den Polizeistatistiken den Alltag.

Innere Strukturen absichern

Kritische Infrastrukturen werden zunehmend in Deutschland und auch ganz Europa angegriffen und fordern die Sicherheitsarchitektur und seine Krisenresilienz extrem heraus.

Hierauf hat man im föderalen Deutschland kein Patentrezept und mögliche Schuldenmilliarden aus Berlin werden langfristig nicht weiterhelfen, unseren Rechtsstaat und damit unsere Bürgerinnen und Bürger umfassend zu schützen.

Kurzum: Das Gespräch fand vor dem Hintergrund wachsender öffentlicher und polizeilicher Herausforderungen statt!

In sachlicher Atmosphäre und ohne polemische Zuspitzung auf eine Reihe personeller und struktureller Defizite haben wir Innenminister Prof. Poseck verdeutlicht, dass unsere Argumente durchaus geeignet sind, die Handlungsfähigkeit unserer Polizei nachhaltig zu stärken.

Die Problemdauerbaustellen

Überstunden- und LAK-Last, Nachwuchsengepässe und damit personelle Unterdeckung, unzureichende bauliche Infrastruktur, sowie politische Einflussversuche im Polizeibereich durch selbsternannte „AfD-Polizeiversteher“ sind nachvollziehbar belegt.

Minister Poseck zeigte sich aufgeschlossen und sachlich, wick jedoch wiederholt auf rechtliche und haushaltspolitische Begrenzungen aus. Ohne eine klare politische Prioritätensetzung – personell, finanziell und strukturell – ist eine langfristige Stabilität der hessischen Polizei nicht zu gewährleisten, lautet unser Fazit!

Wir werden in den kommenden Wochen nichts unversucht lassen, um unsere Forderungen in die Debatte bei der Aufstellung des Landeshaushalts 2026 einzubringen!

Es bleibt abzuwarten, ob aus dem in Berlin beschlossenen Milliardenprogramm auch für Sicherheitsbehörden konkrete Impulse auf Landesebene, insbesondere für Hessen, abgeleitet werden können.

Leider hat es die CDU geführte Bundesregierung versäumt, einen hessischen Minister oder Ministerin zu berufen! ■

Jens Mohrherr

BETEILIGUNG VON PERSONALRÄTEN – SICHTWEISEN



Natürlich ist es im Interesse mancher Arbeitgeber, wenn der Personalrat außen vor bleibt – schließlich stört Mitsprache nur beim Durchregieren.

Wer braucht schon demokratische Prozesse, wenn man stattdessen bequem im Alleingang über viele Köpfe hinweg entscheiden kann? Dafür ist man doch wohl Präsidentin oder Präsident.

Schnell mal umstrukturieren, Mitarbeiter versetzen, kündigen – ohne Nachfragen, ohne Widerspruch, ohne Verantwortung gegenüber den Menschen, die den Betrieb am Laufen halten.

Wir als Personalrat sind da nur ein lästiges Hindernis: Wir wollen Informationen, Transparenz und – wie anmaßend – das Wohl der Beschäftigten im Blick behalten.

Und genau das ist es, was einigen Präsidentinnen und Präsidenten der Polizei sauer aufstößt. Denn Mitbestimmung heißt für sie einfach nur Kontrolle. Heißt: Entscheidungen müssen begründet, Maßnahmen abgestimmt, Interessen abgewogen werden. Das passt nicht zum Bild vom allwissenden Behördenleiter, der am liebsten alleine entscheidet – möglichst ungestört von Gesetzen oder Menschenrechten im Betrieb.

Doch wer uns ausschließt, handelt nicht nur rechtswidrig, sondern auch kurzsichtig. Ein Präsidium ohne Mitbestimmung ist eine Behörde auf dem Schleudersitz: hohe Unzufriedenheit, steigender Krankenstand, innere Kündigung – aber hey, Hauptsache die Entscheidung ging schnell, oder?

Wir sind nicht der Feind der Behörde oder dessen Leiterin oder Leiter. Aber wir sind der Stachel im Fleisch jener, die Belegschaften wie Verschleißteile behandeln wollen. Und genau deshalb ist unsere Beteiligung nicht nur lästig – sie ist notwendig.



Warum sollte ein Behördenleiter oder Behördenleiterin den Personalrat beteiligen, wenn es doch auch irgendwie ohne seine Beteiligung geht?

Mitbestimmung kostet viel Zeit, Nerven – und Macht. Und was maßt sich manch ein Personalrat eigentlich an, dass dem Präsidenten oder der Präsidentin so viele Fragen gestellt werden dürfen? Warum muss ich auf diese Fragen eigentlich antworten?

Wer den Personalrat also außen vor lässt, spart sich endlose Diskussionen mit einer Belegschaftsvertretung, die ohnehin nur bremst, zweifelt und Mitspracherechte einfordert.

Entscheidungen können doch im Alleingang getroffen werden – schnell, effizient und ohne störendes Hinterfragen. Für was habe ich eigentlich diese Position, die durch einen Personalrat infrage gestellt wird.

Kündigungen? Reibungslos. Umstrukturierungen? Im Handumdrehen. Transparenz? Unnötig. Schließlich weiß ich als die Führungsperson am besten, was gut für die Behörde ist – oder zumindest für die Zahlen.

Dass Arbeitnehmerrechte dabei unter die Räder kommen, kann als Kollateralschaden billigend in Kauf genommen werden.

Ein informierter, mitredender Personalrat ist unbequem, stellt Fragen, schützt Mitarbeiter – und steht damit oft den Interessen meiner rein ergebnisorientierten Behördenführung im Weg.

Also: Warum beteiligen, wenn man auch durchregieren kann?

Personalvertretungsrechte gehören grundsätzlich weiter eingeschränkt. Es gibt halt Entscheidungen bei der Polizei, da ist die Meinung eines Personalrats überflüssig und verzichtbar.

Beteiligung auf ein Minimalmaß reduzieren ist angesagt.

Peter Wittig

BESOLDUNGSREPORT 2025: HESSEN HINKT HINTERHER

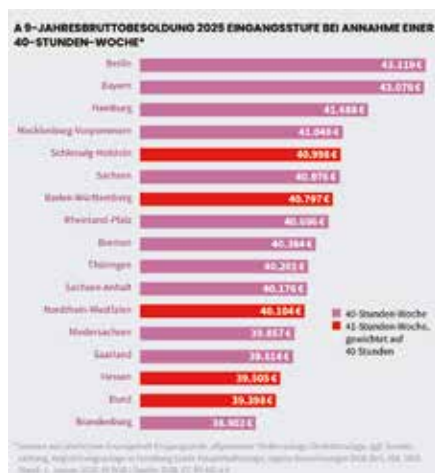
EINKOMMENSENTWICKLUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST DRIFTET AUSEINANDER

Der neue DGB-Besoldungsreport 2025 zeigt einmal mehr sehr deutlich: Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst driftet immer weiter auseinander – und Hessen gerät zunehmend ins Hintertreffen. Besonders sichtbar wird dies bei der Besoldungsgruppe A9, dem Einstiegsamt für den gehobenen Dienst in der Polizei und vielen anderen sicherheitsrelevanten Bereichen. Noch deutlicher wird die Schieflage, wenn man die unterschiedliche Wochenarbeitszeit berücksichtigt: In Hessen gilt weiterhin die 41-Stunden-Woche, während die Mehrheit der Bundesländer bei 40 Stunden liegt.



In der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe A9 liegt Hessen 2025 mit 40.492 Euro brutto jährlich lediglich im unteren Mittelfeld. Spitzenreiter sind Berlin mit 43.119 Euro und Bayern mit 43.079 Euro.

Rechnet man dies fair auf 40 Stunden herunter, fällt Hessen mit 39.505 Euro sogar auf Platz 15 im Ländervergleich zurück.



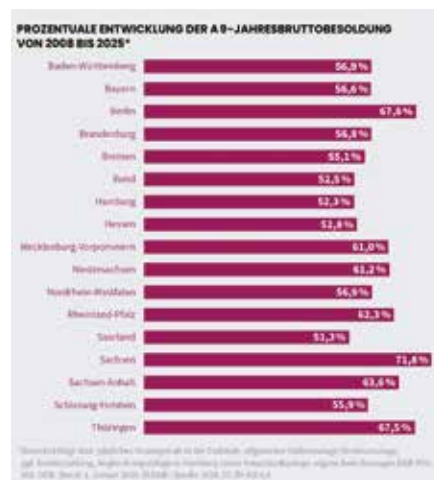
Lohnentwicklung: Hessen unter dem Durchschnitt

Auch bei der langfristigen Lohnentwicklung hinkt Hessen hinterher. Von 2008 bis 2025 stieg die Besoldung in der Endstufe der A9 in Hessen um 52,8% – das liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 59,0%. Zum Vergleich:

Sachsen hat im gleichen Zeitraum ein Plus von 71,8%, Berlin liegt bei 67,8%. Während andere Bundesländer also gezielt investieren, um den öffentlichen Dienst zu stärken, bleibt Hessen im

Schnecken-tempo. Diese Entwicklung ist nicht nur eine statistische Randnotiz. Sie hat konkrete Folgen:

Der öffentliche Dienst in Hessen verliert an Attraktivität. Qualifizierter Nachwuchs für Polizei, Justiz und Verwaltung wandert in besser zahlende Bundesländer ab.



Die Kolleginnen und Kollegen, die bleiben, leisten mehr Arbeit für vergleichsweise weniger Geld – und das bei steigender Verantwortung und wachsender Belastung.

Beamtenrecht folgt nicht Tarifrecht!

Die Politik in Hessen und ihre Landesregierungen verweisen gerne auf den eigenen Tarifvertrag (TV-H) als Stärke – doch der Report zeigt:

Der Sonderweg wird zunehmend zur Sackgasse, weil das Besoldungsrecht in Hessen eben nicht dem Tarifrecht folgt, wie sich zuletzt deutlich in der Verschiebung der Besoldungserhöhung zeigte.

Politik muss endlich handeln!

Wir brauchen eine vollständige und zeitgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten, eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit mindestens auf die 40 Stunden-Woche.

Als Zeichen der Wertschätzung und Maßnahme zur Gesundheitsvorsorge, eine besoldungspolitische Offensive, um den Rückstand zu den Spitzenländern aufzuholen und langfristig eine verfassungskonforme Alimentation und die Einführung eines Verbandsklagerechts, um strukturellen Ungleichbehandlungen juristisch besser angreifen zu können.

Der DGB-Besoldungsreport 2025 ist ein Weckruf – auch und gerade für Hessen. Wenn die Landesregierung weiter zaudert, droht der öffentliche Dienst auszubluten.

Es ist Zeit für faire Löhne, gerechte Arbeitsbedingungen und eine echte Wertschätzung derjenigen, die täglich für das Gemeinwohl im Einsatz sind.

Und, noch einmal am Rande erwähnt: Die hessische Besoldung ist seit Jahren verfassungswidrig!

Sebastian Schubert



DIE TÖDLICHEN ANSCHLÄGE VON HANAU 2020

NICHT ENDEN WOLLENDE DISKREDITIERENDE VORWÜRFE GEGEN DIE ÖRTLICHE POLIZEI

Vor allem die Printmedien haben sich dieses Themas wieder einmal angenommen. Im Vordergrund stand dabei die Aussage des Bundespräsidenten anlässlich der jüngsten Gedenkfeier, bei der den Opfern gedacht wurde, die durch Ermordung zu Tode gekommenen waren. Unser Bundespräsident soll dabei die Aussage getroffen haben: „Warum hat der Staat ihre Liebsten nicht geschützt?“ (siehe dazu u.a. Frankfurter Rundschau Nr. 43 vom 20.2.2025).

Mit dem fehlenden Schutz des Staates scheint er augenscheinlich die Polizei gemeint zu haben, die immer wieder solche Vorwürfe hören musste.

Ebenfalls spielte eine Rolle die Veröffentlichung der „Offenbach Post“, mit der Überschrift:

Neue Strafanzeige zu dem seinerzeit bei der Polizeistation Hanau eingegangenen Notruf, der nicht oder unzureichend angenommen worden war. Dadurch entging Viorel Paun, der den Täter mit seinem PKW verfolgte, den zu erwartenden Ratschlägen der Polizei, die wahrscheinlich verhindert hätten, sich in eine Gefahrenlage zu begeben, die sich wenig später in den tödlichen Schüssen des Täters gegen ihn äußerten.

Dazu eine kritische Betrachtung im Nachhinein

Dass der Notruf von Viorel Paun in der Polizeistation Hanau nicht angenommen worden war, folgte nicht aus der individuellen (Fehl-) Entscheidung einzelner Beamtinnen oder Beamten, sondern schlichtweg daraus, dass die Wache der Polizeistation völlig unterbesetzt war und anderen Aufgaben nachgehen musste.

Vor allem die Unterstützung der vielen Kräfte, die sich auf dem Weg befanden, den Täter ausfindig zu machen und ihn festzusetzen.

Die zu dieser Zeit bestehende Unterbesetzung der Wache resultierte zuvorderst daraus, dass die zum Schichtbeginn zur Verfügung gestandenen 10 Beamtinnen und Beamten durch „höhere Weisung“ auf 6 Beamtinnen und Beamten ausgedünnt worden war, die an einer anderen Stelle im Kreis Offenbach aus damaliger Sicht benötigt worden waren.

Im Ergebnis ist die fehlende Annahme des Anrufs von V. Paun per Nutzung der

Notrufanlage auf die Unterbesetzung der Dienststelle zurückzuführen. Dafür können die verbliebenen Kräfte nicht eines Fehlverhaltens beschuldigt werden. Sie tragen – im Nachhinein betrachtet – dafür keine Verantwortung.

Und nicht nur das:

Die Einsatzkräfte, die für die Verfolgung des Täters durch die Gestellung einer inneren und äußeren Absperrung an dessen Aufenthalts- und Tatort benötigt wurden, standen nicht zur Verfügung.

Da half auch nicht die Weisung einer kurzfristig eingerichteten übergeordneten Befehlsstelle, die versuchte, aus benachbarten Dienststellen zusätzliche Einsatzkräfte heranzuziehen, um die erforderlichen Maßnahmen gem. Ziff. 4 der PDV 100 erfolgreich einzuleiten.

Mein vorläufiges Fazit

Bei seriöser Betrachtung ist nochmals deutlich festzustellen, dass gegenüber den so angesprochenen Einsatzkräften keine Vorwürfe erhoben werden können, sie hätten Fehler begangen.

Die Ursachen für das Beschriebene liegen wie bereits ausgeführt in der völligen personellen Unterbesetzung.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses im Hessischen Landtag (nachzulesen im Internet), lässt nicht erkennen, dass er sich mit dieser Thematik ansatzweise befasst hätte – auch nicht im Rahmen meiner Anhörung, auf die ich mich mit einer Ausarbeitung intensiv vorbereitet hatte, ohne dass ich dazu mündlich gehört worden war.

Was darüber hinaus besonders zu bedauern ist, dass es – soweit erkennbar – die zuständige Polizeiabteilung des Innenministeriums bis heute versäumt hat, eine hochrangige, fachkundige Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit den Fragestellungen befasst hätte.

Insoweit steht bis heute aus, ob überhaupt beleuchtet und umgesetzt wurde, in welcher Form die Polizeistationen hinreichend besetzt werden können bzw. müssen, um sie zukünftig beim Eintritt einer schwerwiegenden Akut-Lage – wie in der PDV 100 unter der Ziff. 4 detailliert ausgeführt – in die Situation zu versetzen, fach- und sachgerecht und vor allem auch schnell zu handeln.

Ob die mittlerweile seitens des Innenministeriums veranlasste Personalverstär-

kung – einschließlich der entsprechenden zusätzlichen Ausbildung der Einsatzkräfte – darauf Rücksicht nahm, kann mangels einschlägiger interner Information nicht bewertet werden.

Und wie die Problematik der Notrufannahme auf neue Füße gestellt wurde, kann ebenfalls nicht beurteilt werden. Jedenfalls ist die frühere Ansiedlung der Notrufanlagen auf einzelnen Dienststellen nicht mehr tragbar. Es erscheint geboten, die Notrufe so zu zentralisieren, wie sie mittlerweile beim Polizeipräsidium Südosthessen eingerichtet ist – nämlich in der ständig besetzten Einsatzzentrale, wo die Möglichkeit besteht, eingehende Anrufe inhaltlich unverzüglich zu bewerten und positionsübergreifende Entscheidungen zu treffen.

Nach persönlicher Inaugenscheinnahme trägt die technische und personelle Ausstattung der Einsatzstelle im PP Südosthessen incl. ihrer personellen und digitaltechnischen Ausstattung (Darstellung des Lagebildes, Erkennbarkeit und Auftragserteilung der Einsatzkräfte) dem ausdrücklich Rechnung.

Unter diesen Aspekten sei es erlaubt, das Innenministerium darauf hinzuweisen, dass es zukünftig dringend notwendig ist (soweit nicht schon angedacht bzw. realisiert), dafür zu sorgen, dass die SEK-Einheiten in die Lage versetzt werden, schnellstens die Einsatzorte zu erreichen, um einem Täter – wie der in Hanau – aktiv und wirksam schnellstens entgegenzutreten zu können.

Die Verlegung solcher Kräfte per Hubschrauber verspricht eine sachgerechte Lösung. Hilfreich erscheint es auch, in den örtlichen Polizeipräsidien ergänzend örtliche Eingriffseinheiten einzurichten, die jederzeit abgerufen werden können, um das eingesetzte Personal der Polizeistationen, wann immer nötig, fachgerecht unterstützen zu können.

Bleibt zu hoffen, dass sich das Innenministerium dieser Überlegungen annimmt und entsprechende Entscheidungen trifft.

Das haben schon die Einsatzkräfte des täglichen Streifendienstes verdient. ■

Heinrich Bernhardt

Der Autor war von 2003 bis 2010 Polizeipräsident in Südosthessen. Selbst 15 Jahre im Ruhestand, hat er aber noch immer Ideen und Vorstellungen zur Polizei.